

Germany-Bonn: Photographic services

OJ S 95/2023 17/05/2023

Contract notice

Services

Legal Basis:

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Town: Bonn

NUTS code: DEA22 Bonn, Kreisfreie Stadt

Postal code: 53113

Country: Germany

E-mail: zentralevergabestelle@bmz.bund.de

Internet address(es):

Main address: www.bmz.de

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=517102>

Additional information can be obtained from the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: <https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=517102>

I.4. Type of the contracting authority

Ministry or any other national or federal authority, including their regional or local subdivisions

I.5. Main activity

General public services

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

Rahmenvertrag über Fotodienstleistungen

Reference number: Z33 O4080-3004/004

II.1.2. Main CPV code

79961000 Photographic services

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Auftragsgegenstand sind die Erstellung von Foto- und Filmaufnahmen von öffentlichkeitswirksamen Terminen, Veranstaltungen und Reisen der AG im In- und Ausland; nach Bedarf auch der entsprechende Videoschnitt, der Erwerb sog. „Handouts“, die Nutzung der Foto-Datenbank sowie Abrufleistungen zur Unterstützung der Auftraggeberin.

II.1.5. Estimated total value

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DE300 Berlin

II.2.4. Description of the procurement

Auftragsgegenstand sind die Erstellung von Foto- und Filmaufnahmen von öffentlichkeitswirksamen Terminen, Veranstaltungen und Reisen der AG im In- und Ausland; nach Bedarf auch der entsprechende Videoschnitt, der Erwerb sog. „Handouts“, die Nutzung der Foto-Datenbank sowie Abrufleistungen zur Unterstützung der Auftraggeberin.

II.2.5. Award criteria

Price is not the only award criterion and all criteria are stated only in the procurement documents

II.2.6. Estimated value

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Duration in months: 36

This contract is subject to renewal: yes

Description of renewals:

Der Rahmenvertrag enthält zwei konsekutive Verlängerungsoptionen für jeweils sechs Monate. Bei Inanspruchnahme der ersten Verlängerungsoption verlängert sich der Leistungszeitraum um 6 Monate. Bei Inanspruchnahme der zweiten Verlängerungsoption verlängert sich der Rahmenvertrag um weitere 6 Monate. Zur Wahrnehmung der Verlängerungsoptionen setzt die AG den/ die AN jeweils spätestens zwei Monate vor dem jeweiligen Vertragsende in Textform in Kenntnis.

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: yes

Description of options:

Verlängerung der Laufzeit des Vertrages 2 x um jeweils sechs Monate (konsekutive Verlängerungsoption) möglich.

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds: no

II.2.14. Additional information

Leistungsort: Dienstsitz der Auftraggeberin in Berlin sowie anforderungs-/ einzelfallbezogen bundesweit im Inland sowie Ausland.

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

Bitte legen Sie zum Nachweis Ihrer Eignung gem. §§ 122 GWB, 42 ff. VgV die in der Checkliste über abzugebende Unterlagen (Anlage 2; Abschnitt „betreffend Ihre Eignung“) geforderten und im Folgenden erläuterten Erklärungen oder Nachweise mit Ihrem Angebot vor. Ausschließlich diese Checkliste über abzugebende Unterlagen (Anlage 2) gibt Ihnen vor, welche Unterlagen gefordert sind, während die folgenden Ausführungen diese Unterlagen erläutern, falls erforderlich.

Soweit Eignungsnachweise von einem Präqualifizierungssystem ersetzt werden, an welchem Sie teilnehmen, können Sie statt der betroffenen Einzelnachweise Ihren Teilnahmenachweis (ggf. mit Ihrer Registriernummer) angeben.

Für Eigenerklärungen, welche die sogenannte „Einheitliche Europäische Eigenerklärung“ abdeckt, können Sie auch das ausgefüllte EEE-Formular abgeben. In diesem Fall müssen Sie jedoch berücksichtigen, dass die EEE regelmäßig nicht alle hier geforderten Erklärungen oder Nachweise vollständig abdeckt.

Fehlende Unterlagen werden unter Fristsetzung nachgefordert. Kommen Sie diese erneuten Fristsetzung nicht nach, wird Ihr Angebot von der weiteren Prüfung und Wertung ausgeschlossen.

Sämtliche Kriterien sind Ausschlusskriterien, d. h., wenn eine Anforderung nicht erfüllt wird, wird das Angebot nicht bewertet und kann den Zuschlag auf diese Ausschreibung nicht erhalten.

Die Eignungsfeststellung erfolgt auf Basis von Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Nichtvorliegen von Ausschlussgründen der jeweiligen Bewerber/Bewerberinnen, welche auf Basis der hier geforderten Erklärungen oder Nachweise ermittelt wird:

Ein unterschriebenes Exemplar der Eigenerklärung über Ausschlussgründe, die u. a. beinhaltet, dass Ihr Unternehmen sich nicht in einem Insolvenz- oder vergleichbaren gesetzlichen Verfahren befindet und seine Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt hat (bitte Formblatt Anlage 5 benutzen). Bitte auch für eventuelle Unterauftragnehmer /Unterauftragnehmerinnen und Mitglieder einer Bietergemeinschaft abgeben!

Einen Auszug aus dem Wettbewerbsregister/Gewerbezentralregister des/der erfolgreichen Bieters/Bieterin fordert die Auftraggeberin nach Abschluss der Prüfung und Wertung selbst ab. Bitte geben Sie die dafür erforderlichen Angaben (Namen, Sitz und Rechtsform Ihrer Firma, zuständiges Registergericht bzw. zuständige Genehmigungsbehörde und Eintragsnummer) im Formblatt „Angaben für Registerabfragen vor vergaberechtlichen Entscheidungen“ an (bitte Formblatt Anlage 6 benutzen), bitte auch für eventuelle Unterauftragnehmer/Unterauftragnehmerinnen und Mitglieder einer Bietergemeinschaft abgeben.

Der öffentliche Auftraggeber ist verpflichtet, statistische Angaben zur Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) am Wettbewerb zu melden. Bitte geben Sie die für Ihr Unternehmen zutreffenden Kenndaten zur Einstufung als KMU in der ausgefüllten Anlage 7a (Angaben zur Einstufung als KMU) ab. Wie Sie die Kenndaten ermitteln, können Sie den verlinkten Internet-Seiten sowie der beigelegten Erläuterung der Europäischen Kommission (EU-KOM) zu den Unternehmenstypen u. a. (Anlage 7b) entnehmen. Bitte auch für eventuelle Unterauftragnehmer/Unterauftragnehmerinnen und Mitglieder einer Bietergemeinschaft

abgeben! Die Nutzung des Musters ist z. Zt. freiwillig, daher erfolgt kein Angebotsausschluss, wenn die Erklärung nicht vorgelegt wird.

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

Der öffentliche Auftraggeber ist verpflichtet, eine Eigenerklärung zu verlangen, ob und inwiefern Bieter einen Bezug zu Russland im Sinne folgender Vorschrift aufweisen: Artikel 5k) der Verordnung (EU) Nr. 833/2012 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 08. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisiert. Bitte geben Sie die Eigenerklärung (Anlage 11) mit dem Angebot ab. Bitte geben Sie die Erklärung auch für alle Unterauftragnehmer/Unterauftragnehmerinnen und Mitglieder einer Bietergemeinschaft ab.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

Der Bieter/die Bieterin muss seinem/ihrem Angebot eine Übersicht seines/ihres aktuellen Personalbestandes beifügen (bitte Formblatt Anlage 13 benutzen). Bitte geben Sie an, wie viele fest angestellte Fotografinnen und Fotografen in Ihrem Unternehmen tätig sind. Die geforderte Mindestpersonalstärke im genannten Geschäftsbereich beträgt mind. fünf Jahresarbeitseinheiten (JAE).

Vorstellung des für die Auftragsausführung vorgesehenen Teams. Bitte nutzen Sie dafür Formblatt Anlage 15 (Qualifikationsbogen) und machen darin alle geforderten Angaben. Gerne dürfen Sie erforderlichenfalls die Liste fortschreiben oder zusätzliche Blätter verwenden. Für die angebotenen Fotografen/Fotografinnen sind die aufgeführten Mindestvorgaben einzuhalten. Die Erfahrungen und Kenntnisse müssen durch einen Lebenslauf, entsprechende Zeugnisse bzw. Nachweise nachgewiesen werden.

Ihr Team wird auf Basis der wie folgt beschriebenen Mindestkriterien auf seine fachliche Eignung hin bewertet (mind. 5 Fotografen/Fotografinnen):

- Die Fotografen/Fotografinnen müssen über mindestens zwei Jahre Berufserfahrung verfügen (jeweils rückgerechnet vom Tag des Endes der Angebotsfrist (s. Ziff. 2.3.1)).
- Die Fotografen/Fotografinnen müssen über Sprachkenntnisse im Englischen auf einem Niveau von mindestens A2 gem. des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen (GER) oder vergleichbar verfügen.

Eine ausgefüllte Referenzliste (Formblatt Anlage 12) mit allen dort geforderten Angaben. Es sind mindestens drei Referenzaufträge anzugeben, die der Bieter/die Bieterin für Auftraggeber /Auftraggeberinnen ausgeführt hat und die betreffend der u. a. Aspekte mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbar sind. Teile der Leistungen müssen jeweils innerhalb der letzten 2 Jahre, rückgerechnet vom Tag des Endes der Angebotsfrist (Ziff. 2.3.1) liegen. Der Beginn des jeweiligen Referenzauftrags kann dabei auch zeitlich vor dem Referenzzeitraum liegen. Diese Referenzaufträge müssen vergleichbar hinsichtlich folgender Aspekte sein:

- Nachweis von mindestens drei Foto- und zwei Kurzfilmaufträgen im hochprofilierten politischen Bereich,
- Auftraggeber/-in: Akteure, die im politischen Bereich eine herausgehobene Stellung einnehmen (z. B. Ministerien, Presse- und Bildagenturen sowie Nichtregierungsorganisationen) sowie
- vergleichbares Auftragsvolumen (mindestens 400.000 Euro bezogen auf vier Jahre).

Es ist nicht zwingend erforderlich, dass einzelne Referenzaufträge gleichzeitig mehrere oder alle Bedingungen erfüllen. Sie müssen jedoch so viele Referenzaufträge benennen, dass alle o. a. inhaltlichen Anforderungen nachgewiesen sind.

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Open procedure

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

The procurement involves the establishment of a framework agreement

Framework agreement with a single operator

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 13/06/2023 Local time: 10:00

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

IV.2.6. Minimum time frame during which the tenderer must maintain the tender

Tender must be valid until: 31/07/2023

IV.2.7. Conditions for opening of tenders

Date: 13/06/2023 Local time: 10:00

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.2. Information about electronic workflows

Electronic invoicing will be accepted

Electronic payment will be used

VI.3. Additional information

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt

Town: Bonn

Postal code: 53123

Country: Germany

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Unternehmen haben einen Anspruch auf Einhaltung der bieter- und bewerberschützenden Bestimmungen über das Vergabeverfahren gegenüber dem öffentlichen Auftraggeber. Sieht sich ein am Auftrag interessiertes Unternehmen durch Nichtbeachtung von

Vergabevorschriften in seinen Rechten verletzt (§ 160 Abs. 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)), ist der Verstoß fristgerecht, d. h. unbeschadet des Ablaufs der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen nach Erkennen des Verstoßes (§ 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB), jedoch bei Verstößen gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung oder erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der Bewerbungs bzw. Angebotsfrist beim Auftraggeber zu rügen (§ 160 Abs. 3 Nr. 2 und 3 GWB). Das nach § 160 Abs. 2 GWB antragsbefugte Unternehmen kann einen Antrag auf Nachprüfung bei der Vergabekammer stellen und muss diesen dann unverzüglich begründen, § 161 Abs. 1 Satz 1 GWB. Die Begründung muss nach § 161 Abs. 2 GWB die Bezeichnung des Antragsgegners, eine Beschreibung der behaupteten Rechtsverletzung mit Sachverhaltsdarstellung und die Bezeichnung der verfügbaren Beweismittel enthalten sowie darlegen, dass die Rüge gegenüber dem Auftraggeber erfolgt ist; sie soll, soweit bekannt, die sonstigen Beteiligten benennen. Zudem ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht (§ 160 Abs. 2 Satz 2 GWB). Ein Antrag auf Nachprüfung bei der Vergabekammer ist unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung der Auftraggeberin, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB). Bieter, deren Angebote für den Zuschlag nicht berücksichtigt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gem. § 134 Abs. 1 GWB darüber informiert. Das gilt gem. § 134 Abs. 1 Satz 2 GWB auch für Bewerber, also Wirtschaftsteilnehmer, die sich um eine Aufforderung zur Teilnahme an einem nichtoffenen Verfahren, einem Verhandlungsverfahren, einem Verhandlungsverfahren ohne vorherige Bekanntmachung, einem wettbewerblichen Dialog oder einer Innovationspartnerschaft beworben haben oder eine solche Aufforderung erhalten haben, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist. Ein Vertrag darf gem. § 134 Abs. 2 GWB erst 15 Kalendertage nach Absendung dieser Information durch den Auftraggeber geschlossen werden; bei Übermittlung per Fax oder auf elektronischem Wege beträgt diese Frist 10 Kalendertage. Sie beginnt am Tag nach Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bewerber kommt es nicht an, § 134 Abs. 2 Satz 3, 2. Halbsatz GWB. Ein Antrag auf Nachprüfung ist schriftlich an die Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt Villemombler Straße 76 53123 Bonn zu richten. Hinweis: Die Auftraggeberin ist im Falle eines Nachprüfungsantrags verpflichtet, die Vergabeakten, die auch die abgegebenen Angebote enthalten, sehr kurzfristig an die Vergabekammer weiterzuleiten. Die Beteiligten, also auch die Verfahrensgegner/Verfahrensgegnerinnen, haben dann ein Recht auf Akteneinsicht. Um Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse aller Bieter /Bieterinnen zu wahren, bitten wir Sie daher, auf einer entsprechenden Anlage genau mitzuteilen, welche Ihrer Unterlagen welche Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse enthalten. Nur für sie gilt die Verpflichtung der Auftraggeberin zur Behandlung als vertraulich, § 5 I VgV.

VI.5. Date of dispatch of this notice

12/05/2023